

Klaus Schroeder

Die veränderte Republik

Deutschland nach der Wiedervereinigung



München 2006 - 1. Auflage

Verlag Ernst Vögel, Stamsried

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Herausgeber	11
I. Einleitung	15
II. Das nationalsozialistische Erbe und die Teilungsgeschichte Deutschlands	21
1. Gemeinsame Vorgeschichte	21
2. Der unterschiedliche Umgang mit dem nationalsozialistischen Erbe: Zwei Wege der Ausgrenzung und Integration	23
3. Bundesrepublik und DDR: Zwillinge auf getrennten Wegen	27
4. Politische Entwicklungslinien	33
Bundesrepublik Deutschland	33
Deutsche Demokratische Republik	38
5. Grundlagen und Entwicklungslinien der Wirtschaft und der Sozialpolitik	45
Bundesrepublik Deutschland	45
Deutsche Demokratische Republik	50
6. Entwicklungslinien und Strukturen der Gesellschaft	58
Bundesrepublik Deutschland	58
Deutsche Demokratische Republik	68
7. Amerikanisierung versus Sowjetisierung	86
III. Das innerdeutsche Verhältnis	91
1. Zwei Staaten, eine Nation – zwei Staaten, zwei Nationen	91
2. Das Streben nach endgültiger Anerkennung der DDR und die Subversion im Westen	100
3. Vertragspolitik und Wiedervereinigungswunsch	103
4. Innerdeutsche Wanderungsbewegungen	108
5. Innerdeutsche Kontakte	114
6. Zwischenfazit: Das geteilte Deutschland am Vorabend der Vereinigung – zwei fundamental verschiedene Gesellschaften ...	117
IV. Der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch der DDR und der Weg in die Vereinigung	129
1. Die Agonie des SED-Staates	129
2. Die Mauer fällt	140
3. Der Vereinigungszug nimmt Fahrt auf	155
4. Der Streit um die Währungsunion	160
5. Außenpolitische Fortschritte	167
6. SED und MfS im Abwehrkampf	169

7. Die Volkskammerwahl und ihre Folgen	176
8. Außenpolitische Konflikte um die deutsche Vereinigung	184
9. Die letzten „innerdeutschen“ Verhandlungen	189
10. Die DDR verschwindet von der Landkarte	191
V. Die ökonomischen und sozialen Folgen der Vereinigung und deren Finanzierung	199
1. Der ausgebliebene wirtschaftliche Angleichungsprozess	199
2. Verfestigte Massenarbeitslosigkeit als ostdeutsches Strukturproblem	208
3. Die West-Ost-Transfers: Ein Fass ohne Boden?	227
4. Die Finanzierung der Transfers	246
5. Die Treuhandanstalt als Sündenbock	253
6. Der Gründungsboom in Ostdeutschland	261
7. Wohlstandsexplosion ohne wirtschaftliches Fundament	264
8. Armut und Reichtum im vereinten Deutschland	272
9. Die Angleichung der Wohlstandsattribute	293
10. Regionale Disparitäten	296
VI. Der Umgang mit zwei Diktaturen	303
1. Antitotalitarismus versus Antifaschismus	304
2. Der schwierige Umgang mit der doppelten Diktaturerfahrung	309
3. Geschichtsbilder und Geschichtspolitik	315
4. Geschichtskennntnisse und Geschichtsbilder in der Bevölkerung	320
5. Die Verklärung der DDR als Teil der Erinnerungskultur	328
6. Rückblickende Betrachtungen eines ostdeutschen Soziologen	339
7. Das Bild der DDR in der (west)deutschen Wissenschaft	343
8. Der rechtliche Umgang mit der SED-Diktatur	352
9. Der politische Umgang mit ehemaligen MfS-Mitarbeitern und ihren Opfern	358
10. Alte und neue Seilschaften oder: Die Übertragung von Privilegien aus der Planwirtschaft in die Marktwirtschaft	364
11. Alte und neue Eliten	366
VII. Gewinner und Verlierer, Identitäten und Lebensweisen	371
1. Gewinner und Verlierer	371
2. Annäherung der Wertemuster?	383

3. Nachwirkungen totalitärer und liberaler Sozialisation	385
4. Alltagsverhalten und Mediennutzung	387
5. Ostdeutsches Befinden	392
6. Selbstzuschreibungen und Abgrenzungen	397
7. Die ostdeutsche Abgrenzungsidentität	403
8. Bevölkerung und Familie	408
9. Selbsttötungen, Krankheitsbilder und Gesundheitswesen	418
VIII. Rechtsextremismus und Jugendgewalt	429
1. Das politische, personelle und programmatische Potenzial des Rechtsextremismus	432
2. Der gewalttätige Rechtsextremismus	436
3. Geschichtsbilder von Jugendlichen am Vorabend der Vereinigung ...	442
4. Rechtsextremismus in der DDR	443
5. Ausländer und Ausländerfeindlichkeit in der DDR	455
6. Antizionismus und Antisemitismus	457
7. Ideologie und Realität des SED-Staates als Quelle rechtsextremer und ausländerfeindlicher Einstellungen	459
8. Ursachen von Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland.....	462
IX. Die politische und mentale Spaltung Deutschlands	469
1. Die Wahlergebnisse im Ost-West-Vergleich	469
2. Der ostdeutsche Einfluss in den Parteien	479
3. Die Transformation der Institutionen	484
4. Freiwilliges Engagement	488
5. Der gespaltene Blick auf die deutsche Demokratie	490
6. Nachwirkungen der DDR-Sozialisation bei der Bewertung der realen Demokratie	499
7. Die gespaltene Bewertung von Wirtschaft und Gesellschaft	502
X. Die Vereinigungsbilanz im Widerstreit	511
1. Der gespaltene Blick auf die Einheit	512
2. Lebenszufriedenheit und Lebenslage	519
3. „Gerechtigkeit“ im Vereinigungsprozess	527
4. Maßstäbe zur Beurteilung des Vereinigungsprozesses	533
5. (Post)marxistische Positionen: Fundamentalkritik an der Vereinigung und Weichzeichnung der DDR	539

6. Rolf Reißig: Die gesplante Vereinigungsgesellschaft	540
7. Die fragmentierte Entwicklung Ostdeutschlands als Folge einer falschen Vereinigungspolitik	541
8. Wolfgang Engler: Die Ostdeutschen zwischen Verlusterfahrung und Avantgarde	544
9. Die Vereinigung als Unterwerfungs- und Kolonisierungsprozess	548
10. Daniela Dahn: Die Gleichsetzung von DDR und Bundesrepublik	551
11. Die Erfurter Erklärung: Generalabrechnung mit der Vereinigungspolitik	553
12. Die Einheit als Gefahr für Deutschland	555
13. Zwischenfazit: Der instrumentelle Charakter ostdeutscher Vereinigungskritik	558
14. Der unterentwickelte und undankbare Osten	560
15. Der Stasi-belastete Satiriker als Kritiker des ostdeutschen Mitläufers	563
16. Spezielle ökonomische Sichtweisen	566
17. Der Vereinigungsprozess als Supergau	571
18. Das Zusammenspiel von Patriotismus und Untertanengeist	572
19. In der Minderheit: Positive Einschätzungen des Vereinigungsprozesses	573
XI. Ein Staat – zwei Gesellschaften?	577
1. Von der Teilung zur Wiedervereinigung	578
2. Der Zusammenprall der Kulturen	586
3. Die Wohlstandsexplosion in Ostdeutschland und ihre Kosten	593
4. Gesellschaftsmodelle und Geschichtsbilder im Widerstreit	599
5. Das Unbehagen an der Einheit	604
6. Wer sind wir? Was wollen wir?	617
Abkürzungsverzeichnis	643
Verzeichnis der Tabellen im Text	647
Verzeichnis der Abbildungen im Text	651
Literaturverzeichnis	655
Anhang	701
Verzeichnis der Tabellen im Anhang	701
Tabellen im Anhang	703
Verzeichnis der Abbildungen im Anhang	735
Abbildungen im Anhang	737
Der Autor:	767

Vorwort der Herausgeber

Die 1989/90 Realität gewordene Wiedervereinigung Deutschlands wird im Land weiterhin als epochale Zäsur mit Folgewirkungen für die Gegenwart und absehbare Zukunft empfunden. Zugleich war sie aber eben alles andere als ein isoliertes deutsches Ereignis. Der zwischen Ostsee und Erzgebirge vollzogene Systemwechsel war vielmehr Bestandteil jener großen revolutionären Umwälzung gegen die kommunistischen Regime, die in Ungarn und Polen begann und mit der Auflösung der Sowjetunion endete. Insofern sind auch manche der deutschen Besonderheiten – wie das Überleben einer quantitativ ansehnlichen postkommunistischen Partei – nicht nur deutsche Phänomene. Mehr oder weniger gewendet und nach Westen orientiert haben solche Kräfte auch in Polen und in Ungarn oder, in dogmatischerer Form, in der Tschechischen Republik überlebt. Der Blick auf derart übergreifende Zusammenhänge ist schon deshalb lohnenswert, weil er deutschen Aufregungen und eng fokussierten Blickrichtungen nur auf das eigene Land kritisch begegnen hilft.

Das gilt in analoger Weise auch für die souveräne Widerlegung zahlreicher kassandrahafter Prophezeiungen einer Vielzahl von Intellektuellen, Publizisten und Historikern, die befürchten, das wiedervereinigte Deutschland kehre in alte chauvinistische Isolierungen und Verirrungen zurück. Um zu einer fairen Saldierung der Situation im wiedervereinigten Deutschland gelangen zu können, muss man auch darlegen, welche antizipierten Katastrophen nicht eingetreten sind: das wiedervereinigte Deutschland hat keinen Großmachtsanspruch erhoben, die europäische Integration nie zur Disposition gestellt, zu keiner Zeit seine Nachbarn bedrängt oder den singulären Zivilisationsbruch der nationalsozialistischen Barbarei bezweifelt. Im Gegenteil: Die Auseinandersetzung mit den von Deutschen 1933 bis 1945 begangenen Verbrechen mutet seit 1990 eher umfassender, rückhaltloser und in ihren symbolhaften Bezügen bewusster an als zuvor. Auf dem Feld der Außenpolitik scheint die seit Spätherbst 2005 amtierende Regierung der Großen Koalition, mit mancherlei Modifikationen, zu historisch gewachsenen, existenziell seit 1949 unabdingbaren Koordinaten zurückzukehren, die wenigstens Teile der Vorgängerregierung rhetorisch oder faktisch zur Disposition gestellt hatten.

Zu einer fairen Saldierung der veränderten Republik gehört auch, dass man nicht für alle Verwerfungen im wiedervereinigten Deutschland schablonenhaft die West-Ost-Kontrastierung haftbar macht. Viele Probleme der ‚alten‘ Bundesrepublik hatten, von kaum wahrnehmbaren Anfängen ausgehend, über Jahrzehnte eine beachtliche Dimension erreicht und wären auch ohne den Beitritt der neuen Länder zum Geltungsbereich des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 zu schweren Belastungen geworden: Zu nennen sind beispielhaft demografische Veränderungen und dabei vor allem ein wachsendes Ungleichgewicht zwischen jungen und alten Jahrgängen, steigende Sozialabgaben, sich beschleunigende öffentliche Verschuldung bei tendenziell sinkenden Investitionsraten, Vetopositionen im politischen Prozess durch das Entscheidungen erschwerende, überkomplexe Zusammenspiel von Parteien, In-

teressengruppen und Ländern im System des Beteiligungsföderalismus sowie mangelnde Effizienz der administrativen Apparate, ökonomische Defizite im Bereich der Konkurrenzfähigkeit bei modernsten Verfahren und Produkten. Die Herausforderungen der Globalisierung wären auch auf die alte Bundesrepublik zugekommen – sie hätten sich mit der so genannten „Triade“ der achtziger Jahre, dem intensivierte Wettbewerb im Dreieck Japan, Nordamerika und Westeuropa, bereits angedeutet – und einer Föderalismusreform hätte sich auch die alte Bundesrepublik auf Dauer nicht entziehen können. Insofern haben die mit der Überwindung der Teilung verbundenen besonderen Belastungen mancherlei Schwachstellen im Gefüge der Bundesrepublik nur schneller und offensichtlicher hervortreten lassen, als es im Falle einer kontinuierlichen Entwicklung gewesen wäre.

Gleichwohl gibt es eine Vielzahl an primär innenpolitischen Faktoren, die kausal mit den Konsequenzen der deutschen Wiedervereinigung verbunden und der Analyse bedürftig sind. Dabei geht es u. a. um die in der vorliegenden Studie akribisch aufgelistete Fülle an ökonomischer und sozialer „Hardware“, um die innerdeutschen Transfers und ihre gewollten wie ungewollten Folgewirkungen, um Arbeitsplatzangebot, Einkommenshöhen und Vermögensstrukturen, Wanderungsbewegungen und Wachstumsraten im Vergleich.

Für die politische Kohärenz der wiedervereinten Republik noch wichtiger sind aber die wechselseitigen Wahrnehmungen der Menschen, ihre Urteile und Vorurteile, ihre Erkenntnisse und Stereotypen. Gerade hierfür liefert die vorliegende Studie eine Fülle an demoskopisch erhärteten Hinweisen. Pauschal formuliert: Viele rechnen bzw. wähnen sich arm oder benachteiligt, die es tatsächlich eigentlich gar nicht sind. Nicht nur, aber auch solche Perzeptionen tragen zu einer nachweisbaren Demokratie- und Freiheitsdistanz bei, die in der Konsequenz prekär ist. Die selbstverantwortliche Bürgergesellschaft bleibt gerade im Blick auf die letzten eineinhalb Jahrzehnte innerdeutscher Entwicklung vielfach eher rhetorisch beschworenes Postulat als Realität. Über weitere soziokulturelle und historische Ursachen – sozialistische Untertanengesellschaft, Dominanz großer Apparate etc. – lässt sich trefflich rasonieren. Jedenfalls sind die Folgen inzwischen manifest und bedürfen der Aufklärung wie der Gegensteuerung.

Jenseits solcher Befunde sollte zugleich gelten, dass ein heute so unter Wettbewerbsdruck stehendes Land wie Deutschland sich nicht nur interne Betrachtungsweisen leisten kann. Wenn die Republik ihr Prosperitätsniveau und mit ihm eine der Voraussetzungen sozialer und politischer Stabilität wahren will, dann geht es gewiss nicht nur um die Frage, welche innerdeutsche Regelung für die Renten in West- oder Ostdeutschland diese oder jene Konsequenz hat. Es geht primär um die Konkurrenzfähigkeit des Landes in einer globalisierten Welt. Daraus vor allem erwächst die Verpflichtung für Politik und Wirtschaft, Deutschland zu befähigen, als vitaler und ökonomisch kraftvoller Faktor in der europäischen und weltweiten Arena aufzutreten. Und nur dann wird auch das tradierte und vielfach als selbstverständlich unterstellte Wohlstands- und Sozialniveau gewährleistet bleiben.

Für politische Bildung wie anstehende Diskurse bleibt gleichwohl die Kenntnis des innerdeutschen Vereinigungsprozesses in seinen vielfachen Details und Verästelungen unabdingbar. Es geht dabei nicht um einfache Schuldzuweisungen, sondern um die Erkenntnis dessen, wie sich jeweils Entscheidungen, materielle Konsequenzen und subjektive Sichtweisen entwickelt haben. Nicht nur für unsere jüngste Vergangenheit und Gegenwart ist gewiss verblüffend, anhand welcher Parameter Menschen ihre ökonomische und soziale Lage bewerten und wie sie ihre Situation im angemessenen oder unzutreffenden Vergleich mit der anderer beurteilen. Solche Muster prägen bis zu einem gewissen Grad den innerdeutschen Diskurs und gehen als Erfahrungswerte in die politische Kultur ein.

Die vorliegende Studie entfaltet als Gesamtaufnahme der Wirklichkeit ein breites Panorama. Sie versorgt dabei auch und insbesondere den Leser mit Informationen, der ihren Schlussfolgerungen in Details oder in großen Teilen nicht zustimmen vermag. Gerade insofern versteht sie sich als Einladung zum notwendigen Streit über die Lage des Landes und seine Perspektiven.

Berlin und München im September 2006

Klaus Schroeder

Peter März

I. Einleitung

Mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums und dem Ende des Kalten Krieges, die den Deutschen die Einheit in Freiheit brachten, hat sich die Welt stärker als prognostiziert gewandelt. Es entstanden neue Konfliktlinien und Unsicherheiten; die Zukunft wurde für viele Menschen auch in Deutschland prekärer. Sechzehn Jahre nach der Wiedervereinigung wird dabei zunehmend deutlich, dass sich das Leben durch den Systemwechsel nicht nur für die Ostdeutschen grundlegend verändert hat, sondern dass auch die Westdeutschen in einer stark gewandelten Gesellschaft leben. Sie baut zwar auf den Fundamenten der alten auf, zeigt sich aber in erheblichem Maße mit neuem Inhalt gefüllt. Nur allmählich rückt eine nicht mehr zu übersehende Erkenntnis ins öffentliche und politische Bewusstsein: Die Republik hat nicht wenige neue Züge gewonnen.

Auf die vor allem in Ostdeutschland vorhandene und von den Westdeutschen mit Sympathie betrachtete Euphorie über den Mauerfall und die unverhoffte Freiheit sowie die Aussicht auf Wohlstand folgte schon bald der Katzenjammer. Spätestens seit Mitte der neunziger Jahre, als die schnelle Wohlstandsangleichung ins Stocken geriet und der erhoffte, sich selbst tragende wirtschaftliche „Aufschwung Ost“ ausblieb, wurde die im Kern imponierende Vereinigungsbilanz von einer negativen öffentlichen Stimmung überschattet.

Viele Ostdeutsche sahen das durch gewaltige finanzielle Transfers aus dem Westen erreichte Wohlstandsniveau und die Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur und der Umwelt sowie die Modernisierung vieler gesellschaftlicher Bereiche als Selbstverständlichkeit und weitergehende Ansprüche als nicht erfüllt an. Unter Westdeutschen entwickelte sich angesichts der anhaltend hohen Vereinigungskosten, die für sie nachhaltige Wohlstandseinbußen brachten, ebenfalls ein Unbehagen an der Einheit. Deutete sich nach dem ersten Jahrzehnt der Einheit ein Stimmungswechsel zum Besseren an, der zu signalisieren schien, dass die Deutschen nun doch stärker zusammenwachsen würden, verschlechterte sich die Stimmung im Lande in den letzten Jahren noch einmal massiv. Sechzehn Jahre nach der Wiedervereinigung spricht kaum noch jemand von einem „Glücksfall der Geschichte“ oder vom „glücklichsten Volk der Welt“. Stattdessen werden Ansprüche formuliert, Belastungen aufgerechnet und wechselseitige Vorwürfe erhoben. Die Deutschen sind sich – so scheint es zumindest auf den ersten Blick – nicht näher gekommen, sondern fremd geblieben oder geworden.

Die hohen Vereinigungskosten und der ausgebliebene sich selbst tragende Wirtschaftsaufschwung Ost belasten die deutsche Wirtschaft insgesamt. Das durchschnittliche Wohlstandsniveau ist im EU-Vergleich bestenfalls noch Mittelmaß. Staaten wie Großbritannien oder Österreich haben hier Deutschland mittlerweile überholt – eine noch in den achtziger Jahren aus Sicht der „alten“ Bundesrepublik ganz undenkbare Entwicklung. Viele schon vor der Vereinigung notwendige Re-

formen zur Modernisierung des Landes sind nicht zuletzt durch die Vereinigung aufgeschoben worden. Aber erst durch die Beseitigung von Schwächen im alten „Modell Deutschland“ werden sich viele Probleme des Vereinigungsprozesses lösen lassen.

Kommentatoren streiten kaum noch über Erfolg oder Misserfolg des eingeschlagenen Vereinigungsweges, stattdessen konstatieren sie nahezu alle sein weitgehendes Scheitern. Diese Einschätzung teilen sie mit einer Mehrheit der Bevölkerung. Die Bewertungen beruhen oftmals jedoch weniger auf nachprüfbaren Fakten als vielmehr auf Vorurteilen und Fehlwahrnehmungen. Da zumeist die Bewertungskriterien nicht offen gelegt werden, vermischen sich in der Bewertung des Vereinigungsprozesses politisch motivierte Intentionen mit Beschreibungen tatsächlicher oder vermeintlicher Fehlentwicklungen. Die Lage im vereinten Deutschland und speziell in Ostdeutschland ist jedoch erheblich besser als die öffentlich verbreitete Stimmung. Die deutliche Diskrepanz zwischen einer eher positiven Bewertung der individuellen Situation und einem eher negativen Urteil über die allgemeine liefert hierfür einen sehr konkreten Beleg.

Wenn zugleich Unzufriedenheit vorherrscht und vor allem in Ostdeutschland das Gesellschaftssystem und die politische Ordnung des vereinten Deutschlands überwiegend skeptisch bis ablehnend gesehen werden, müssen zur Erklärung mehrere Faktoren in die Analyse einbezogen werden: nachwirkende Prägungen jahrzehntelanger unterschiedlicher Sozialisationen ebenso wie Erfahrungen der letzten sechzehn Jahre und überzogene bzw. nicht erfüllte Erwartungen. Das Missbehagen an der Einheit lässt sich sowohl auf die getrennte 45-jährige Geschichte der Deutschen als auf die Erfahrungen im Vereinigungsprozess zurückführen.

Die tiefsten Gräben zwischen den deutschen Teilgesellschaften resultieren vor allem aus überkommenen Unterschieden in Sozialstruktur und Alltagskultur. Die „alte“ Bundesrepublik war sozial und kulturell eine mittelschichtdominierte, die DDR eine verproletarisierte Gesellschaft. Eine hochgradig individualisierte und pluralisierte, substanziell in den Westen integrierte Gesellschaft stieß seit dem Freudentaumel in der Nacht des 9. November 1989 auf ein institutionell sowjetisiertes, im mentalen Kern aber eher typisch deutsches Gemeinwesen in einem sehr herkömmlichen, eher altmodischen Sinn. Das hierin liegende Konfliktpotenzial musste unvermeidlich über kurz oder lang zu Irritationen und wohl auch zu Unverträglichkeiten führen, die bisher noch nicht in Gänze überwunden werden konnten.

Zum besseren Verständnis des Vereinigungsprozesses, seiner Erfolge und Probleme, wird in diesem Buch der Bogen geschlagen von der gemeinsamen Vorgeschichte über die getrennten Entwicklungswege und die wechselseitigen Beziehungen bis hin zur aktuellen tatsächlichen und wahrgenommenen Lage. Dabei werden nicht nur die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Dimensionen, sondern auch soziokulturelle Entwicklungslinien beschrieben und analysiert. Ein besonderes Augenmerk gilt der in Ost und West unterschiedlichen Entwicklung und Ausbreitung von Rechtsextremismus und Jugendgewalt. Um die notwendige Debatte über den

eingeschlagenen Vereinigungsweg und seine Bewertungskriterien zu versachlichen, werden vor allem die Positionen von Vereinigungsgegnern ausführlich referiert und kritisiert.

Die deutsche Teilungsgeschichte blieb vom Anfang bis zum Ende eingebettet in die globale Auseinandersetzung zwischen den USA und der Sowjetunion. Sie wurde in den 45 Jahren nach Kriegsende in Deutschland besonders fokussiert als Kalter Krieg ausgetragen. Hier, an der Schnittstelle der sich feindlich gegenüberstehenden Systeme, tobte nicht nur ein ideologischer Kampf, sondern konkurrierten – vor allem medial vermittelt – auch unterschiedliche Lebensweisen. Nicht zuletzt an dieser Front fiel die Entscheidung zu Gunsten des Westens; anziehend auf viele Ostdeutsche wirkten dabei Freiheit und insbesondere Wohlstand.

Die Befindlichkeiten und Einstellungsmuster der ost- und der westdeutschen Bevölkerung werden vor dem Hintergrund dieser Vergangenheit und der institutionellen und materiellen Rahmenbedingungen des Vereinigungs- und Transformationsprozesses erörtert. Durch die Einbettung in den zeitgeschichtlichen Rahmen erhält der Leser die Möglichkeit, die deutsche Vereinigung, aber auch die kontroversen Einschätzungen über sie besser beurteilen zu können. Die Darstellung weithin unbekannter oder nicht zur Kenntnis genommener Fakten und Zusammenhänge soll zudem verdeutlichen, dass viele Ost-West-Polarisierungen auf Vorurteilen, unrealistischen Erwartungen oder zu hohen Ansprüchen basieren.

Der Vereinigungsprozess ist inzwischen auf vielen Feldern abgeschlossen und die Lebensbedingungen haben sich – schichtenspezifisch – für die meisten Menschen weitgehend angeglichen; zukünftig müssen globale Herausforderungen gemeinsam gemeistert werden. Viele in der alten Bundesrepublik erworbene Verhaltensweisen werden dabei auf Dauer ebenso wenig Bestand haben können wie solche aus der untergegangenen DDR. Das vereinte Deutschland kann seine Kraft aus politischer und kultureller Vielfalt bei institutioneller Einheit ziehen. Hierzu gehören allerdings auch eine im Kern gemeinsame Identität und ein Zusammengehörigkeitsgefühl; insbesondere an diesen substanziellen Grundlagen scheint es den Deutschen zu mangeln. Als eine Barriere im Prozess des Zusammenwachsens erwies sich das in Deutschland nach 1945 nur schwach ausgeprägte Nationalbewusstsein. Der für eine zivile Gesellschaft notwendige positive Bezug auf das eigene Land im Sinne eines aufgeklärten Patriotismus hätte nach der Vereinigung eine identitätsstiftende Klammer sein können. Gleichzeitig hätte er insbesondere in Ostdeutschland rechts-extremistischen Rattenfängern entgegenwirken können.

Gerade der Blick auf die Geschichte des geteilten Deutschlands verdeutlicht die historische Dimension der Vereinigung als Glücksfall der Geschichte und die Chancen, aber auch die Gefahren, die sich mit ihr verbinden. Das in die westliche Werte- und Staatengemeinschaft integrierte vereinte Deutschland hat in vielerlei Hinsicht die Vergangenheit hinter sich gelassen, darf diese zugleich aber nicht vergessen und schon gar nicht verdrängen. Es muss sich den Problemen der Gegenwart stellen, soll es nicht zu einer Geringschätzung der – endlich – erreichten stabilen Demokratie

kommen, die sich freilich täglich neu beweisen muss. Das Buch möchte zum reflexiven Umgang hiermit einen Beitrag leisten.

Die Studie war ursprünglich als eine Aktualisierung des im Jahr 2000 erschienenen Buches „Der Preis der Einheit. Eine Bilanz“ geplant. Bei der Überarbeitung zeigte sich aber, dass sich sechs Jahre später viele Probleme anders stellen, neue Dimensionen in die Studie mitaufgenommen werden mussten und vor allem eine Fülle weiteren empirischen Materials zu bewältigen war. Stärker als im „Preis der Einheit“ werden in diesem Buch die unterschiedlichen Erfahrungen in entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen und ihre Nachwirkungen herausgearbeitet. Gleichzeitig werden Veränderungen, die Deutschland insgesamt betreffen, thematisiert und in den Kontext des Vereinigungsprozesses gestellt. So liefert das Buch dem geneigten Leser eine Fülle wenig bekannter Informationen und ihre Einordnung in den politischen und gesellschaftlichen Rahmen. Schließlich soll das Buch einen Beitrag zur aktuellen geschichtspolitischen Debatte leisten und die Diskussion um die deutsche Standortbestimmung um einige Facetten bereichern.

Anders als in der als Grundlage dienenden Vorgängerstudie wurden Literaturhinweise und Anmerkungen in den Text mitaufgenommen, sodass der Leser bei Bedarf weiterführende Informationen recherchieren kann. Diese Veränderung geschah auf ausdrücklichen Wunsch vieler Leser.

Die Literaturliste enthält die wichtigsten, in die Argumentation des Buches eingegangenen Publikationen. Das ausgewertete statistische Material stammt vor allem vom Statistischen Bundesamt, dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Die Darstellung der Befindlichkeiten, Einstellungsmuster etc. stützt sich im Wesentlichen auf Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach, des Wohlfahrtssurveys, des Sozio-Ökonomischen Panels sowie des *sfz/leben*. Obschon die Umfragen auf verschiedenen Erhebungsmethoden basieren, andere Fragestellungen benutzen und im Detail mitunter zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, stimmen sie doch in wesentlichen Aussagen überein. Von daher geht es bei der Interpretation weniger um genaue Prozentzahlen und deren Vergleichbarkeit, sondern mehr um die hinter den Ergebnissen sichtbar werdenden Trends.

In den Tabellen und Grafiken werden der Einfachheit halber für das geteilte Deutschland die Kürzel BRD und DDR, für die Zeit nach der Vereinigung die Bezeichnungen alte und neue Länder, Ost- und Westdeutschland oder auch Ost und West benutzt.

Für Auskünfte und Informationen danke ich Mitarbeitern des Statistischen Bundesamtes, des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle, einiger Ministerien sowie des DIW in Berlin. Herrn Norbert Grube vom Institut für Demoskopie Allensbach, der immer ansprechbar war, sowie schnell und unbürokratisch Daten seines Instituts zur Verfügung stellte, möchte ich hierfür einen besonderen Dank aussprechen.

Gleiches gilt für Herrn Peter Voss, der mich nach dem Ausscheiden von Herrn Grube gleichermaßen mit Material seines Instituts versorgt hat.

Ohne universitäres Hinterland wäre ein solches Buch kaum machbar: Nadine Buske, Dagmar Schulze Heuling und Marko Fuhrmann haben Literatur und statistisches Material recherchiert und aufgearbeitet, das zudem von Letztgenanntem in akribischer Kleinarbeit in grafische und tabellarische Form gebracht wurde. Cornelia Bronder hat mit gewohnter Sorgfalt und außerordentlicher Geschwindigkeit die technische Herstellung des Manuskripts ermöglicht, Monika Deutz-Schroeder, Dagmar Schulze Heuling und Steffen Alisch haben ebenso sorgfältig Korrektur gelesen. Ihnen verdanke ich darüber hinaus wichtige Anregungen und Denkanstöße. Schließlich möchte ich mich bei Peter März nicht nur für die kritische Durchsicht des gesamten Textes, sondern auch für die nun schon jahrelange vertrauensvolle und angenehme Zusammenarbeit bedanken. Last but not least danke ich dem Verleger Ernst Vögel und seinen Mitarbeiterinnen, die das Manuskript schnell und präzise in Buchform gebracht haben.

Berlin im September 2006

Klaus Schroeder

II. Das nationalsozialistische Erbe und die Teilungsgeschichte Deutschlands

1. Gemeinsame Vorgeschichte

Die 45 Jahre in unterschiedlichen Systemen und nun seit knapp 16 Jahren in einem gemeinsamen Staat lebenden Deutschen in Ost und West verbindet vor allem eines: ihre Geschichte. Dabei haben sich mehr als alles andere das nationalsozialistische Schreckensregime und seine Verbrechen – auf allerdings unterschiedliche Weise – in das kollektive Gedächtnis eingebrannt. Auch wenn deutsche Geschichte nicht auf die zwölf Jahre des Nationalsozialismus reduziert werden kann, überlagert dieser verhängnisvolle Abschnitt bis zum heutigen Tag alle anderen auch positiven Aspekte der deutschen Vergangenheit, die allein in der Zeit von 1871 bis 1945 vier Regimewechsel zu verzeichnen hatte. Gleichwohl: Ohne den Nationalsozialismus und den von ihm entfesselten Krieg hätte es die deutsche Teilung nicht gegeben.

Umfang und Durchführung des nationalsozialistischen „Verwaltungsmassenmordes“ (Hannah Arendt), insbesondere der Vernichtung der europäischen Juden, der massenhaften Tötung von Sinti und Roma sowie des „Vernichtungskrieges“ im Osten (Andreas Hillgruber) haben jede bis dahin in „zivilisierten Gesellschaften“ bekannte Dimension menschlicher Verbrechen überschritten. Angesichts der rechtsstaatlichen und föderalen Traditionsstränge und des reichen kulturellen Erbes Deutschlands kommt diesem Zivilisationsbruch besondere Bedeutung zu. Die Verbrechen des „Dritten Reichs“ unterscheiden sich von den ebenfalls Millionen Opfer fordernden kommunistischen vor allem durch ihre rassistische Begründung und die Nutzung „moderner“ Methoden der fabrikmäßigen Vernichtung von Menschen. Eine Aufrechnung, Relativierung oder gar wechselseitige Legitimierung der im Namen des Nationalsozialismus und des Kommunismus begangenen Verbrechen verbietet sich von selbst. Die beiden Regime, in denen der Totalitarismus jeweils eine spezifische Gestalt annahm, bilden ein „Zwillingspaar des Schreckens im 20. Jahrhundert“ (Dan Diner).

Der Nationalsozialismus verfügte nicht nur über eine große soziale Massenbasis, die nach der Machtübernahme angesichts einer überaus populären Wirtschafts- und Sozialpolitik (Götz Aly) noch erheblich anwuchs, sondern konnte sogar bis in die letzten Kriegstage hinein zumindest auf die Akzeptanz sehr großer Bevölkerungsteile setzen. Potenzielle Opposition wurde unmittelbar nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler atemberaubend schnell zerschlagen. Dieser Tatbestand geriet bei der in beiden deutschen Teilstaaten auf unterschiedliche Gruppen konzentrierten Erinnerung an einen zum Teil mystifizierten deutschen Widerstand (20. Juli 1944 und Geschwister Scholl im Westen; Rote Kapelle und andere kommunistische Gruppen im Osten) gelegentlich aus dem Blick, da das Gedenken nicht zuletzt der geschichtspolitischen Legitimierung des eigenen Staatswesens dienen

sollte. Anders als zum Beispiel Italien oder Frankreich verfügten beide deutsche Teilstaaten dennoch über keinen auf tatsächlichem oder behauptetem Widerstand basierenden Gründungs- bzw. Rekonstruktionsmythos. Der weit überwiegende Teil der Bevölkerung in Ost und West empfand, nicht zuletzt wegen des in den letzten Kriegsmonaten noch einmal forcierten „moral bombing“ der britischen und US-amerikanischen Bomberflotten, vor allem aber wegen der Exzesse der Roten Armee (insbesondere massenhafte Vergewaltigungen) beim Vordringen auf deutschem Boden, das Kriegsende als bittere Niederlage, allenfalls als Erleichterung, aber keineswegs als Befreiung. Das Ausmaß der Niederlage und der Zerstörungen unterband sowohl Gedanken an Widerstand gegen die Besatzungsmächte als auch nostalgische Verklärungen des NS-Regimes.

Die Geschehnisse Deutschlands lagen seit dem 8. Mai 1945 in den Händen der Alliierten; eine schnelle Rückkehr der Deutschen in die Gemeinschaft zivilisierter Staaten war nicht absehbar. Die deutsche Gesellschaft hatte mit der perfektionierten und hochindustrialisierten Barbarei so offensichtlich Schuld auf sich geladen, dass ein Aufbau des zerstörten Landes nur mit neuen Prinzipien und nach einem Bruch mit früheren Traditionen möglich erschien. Die Zerstörung des deutschen Staates als Folge der nationalsozialistischen Politik, aber auch der minimale Umfang und zugleich die Erfolglosigkeit des Widerstandes bildeten wesentliche Voraussetzungen für die von den jeweiligen Besatzungsregimen initiierten Gründungen der Bundesrepublik und der DDR und damit für die deutsche Teilungsgeschichte von 1945 bis 1990.

Beide Staatsgründungen erfolgten nach unterschiedlichen Vorgaben der jeweiligen Besatzungsmächte, deren Zusammenarbeit in der „Anti-Hitler-Koalition“ sich schon bald nach Beendigung des Krieges in eine konfrontative Polarisierung gewandelt hatte, die in den Kalten Krieg mündete. Das geteilte Deutschland war freilich nicht Auslöser der Blockkonfrontation zwischen den von der Sowjetunion und den USA geführten Lagern, sondern Objekt und später teilweise Mitgestalter dieser Entwicklung.

Trotz vorhandener Bezüge zur Geschichte der Deutschen vor 1933 und ungeachtet der von der Bundesrepublik proklamierten Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs stellten beide Staaten Neugründungen dar. Die unterschiedlich gestaltete und legitimierte Einbindung in die jeweilige Blocklogik und die Unterordnung unter die Politik der beiden Führungsmächte dominierten mehr als jeder andere Faktor die deutsche Teilungsgeschichte. Das jahrzehntelange Leben in diametral entgegengesetzten Systemen prägte selbstverständlich auch die Erfahrungen und Verhaltensweisen der jeweiligen Bevölkerung. Stärker noch als in den Jahrzehnten zuvor erwies sich fortan der Systemwettbewerb zwischen Demokratie und Diktatur bzw. zwischen Marktwirtschaft und Sozialismus als ein Kampf der Wertesysteme und Lebensweisen.

Neben den auf dem ganzen Globus lokal oder regional gewaltsam ausgetragenen Konflikten der beiden Blöcke konzentrierte sich die Auseinandersetzung der Sys-

teme vor allem auf den wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Chruschtschow und Ulbricht propagierten die Überlegenheit des Sozialismus, wollten die USA bzw. die Bundesrepublik gar überholen, ohne einzuholen. Aber gerade auf diesem Feld erlitt der Realsozialismus Jahrzehnte später seine entscheidende Niederlage; die Bevölkerung in den sozialistischen Ländern Ost- und Mitteleuropas orientierte sich, auch vermittelt über die Massenmedien, am westlichen Lebensstil und sehnte sich nach Wohlstand und Freiheit.

Der seit 1947 als Kalter Krieg ausgetragene „Weltbürgerkrieg“ zwang die westeuropäischen Staaten zu verpflichtenden Gemeinsamkeiten, hinter denen alte Feindschaften und Animositäten weitgehend verschwanden. Die in der Rückschau überaus erfolgreich verlaufene europäische Integration resultierte zunächst vor allem aus dem Handlungsdruck angesichts der Blockkonfrontation, war aber auch Produkt westeuropäischer Lernprozesse aus den bitteren Lehren zweier Weltkriege. Die supranationalen Gemeinschaften und Bündnissysteme schränkten die nationalstaatliche Souveränität außenpolitisch weitgehend ein, beendeten auf diesem Feld den viel beschworenen deutschen Sonderweg und bildeten die Basis für die Verwestlichung der Bundesrepublik und ihrer Bevölkerung.

Wegen seiner potenziellen wirtschaftlichen und militärischen Stärke und seiner geografischen Lage kam dem besiegten Deutschland entscheidende Bedeutung in der Systemauseinandersetzung zu. Dies hatten anfangs Stalin und Churchill wahrscheinlich besser erkannt als US-Präsident Roosevelt. Spätestens seit 1947 machten auch die USA deutlich, dass sie sich dem sowjetischen Expansionsstreben mit aller Entschiedenheit entgegenstellen würden, gerade auch in Deutschland. Als Legitimation und Kompass für die Gestaltung ihrer internationalen Politik bezog sich die westliche Führungsmacht auf die 1941 entworfene Atlantikcharta, die – hier in Fortführung der Politik Präsident Wilsons aus dem Ersten Weltkrieg – ein Selbstbestimmungsrecht der Völker vorsah. Demgemäß setzten die USA als westliche Vormacht auf die „freiwillige Unterordnung“ ihrer Bündnispartner, während die Sowjetunion ihr Lager durch Zwang zusammenhielt.

2. Der unterschiedliche Umgang mit dem nationalsozialistischen Erbe: Zwei Wege der Ausgrenzung und Integration

Die Alliierten begannen unmittelbar nach der deutschen Kapitulation mit der Entnazifizierung, da sie alle Verantwortlichen für die nationalsozialistischen Verbrechen zur Rechenschaft ziehen und eine für denkbar gehaltene Renaissance der NS-Ideologie verhindern wollten. Zumindest Amerikaner und Sowjets gingen anfangs mit einiger Entschlossenheit ans Werk, wiewohl die hohe Mitgliederzahl der NSDAP (8,5 Millionen) und die fast durchgängig vorhandene NS-Belastung hoher Funktionsträger in Staat und Gesellschaft die Verwirklichung dieser Intention von vornherein erschwerte. Jenseits aktiver und passiver ehemaliger NSDAP-Mitglieder

gab es vielerorts kaum Fachleute, die das öffentliche Leben nach Kriegsende hätten wieder in Gang setzen können. Der ersten Welle nahezu flächendeckender Entlassungen folgte schon von daher eine erst behutsame und später sogar weiterreichende Wiedereinstellung von Belasteten, zumal in den Westzonen.

Die Westalliierten, vor allem die USA, trachteten unmittelbar nach Kriegsende danach, nicht nur Staat und Wirtschaft von nationalsozialistischen Funktionsträgern zu säubern, sondern die Gesellschaft insgesamt auch im ideologischen und politischen Sinne zu entnazifizieren. Zu diesem Zweck wurden fast 200.000 Belastete interniert; mehrere Millionen Personen mussten einen Fragebogen zur Überprüfung ihrer Gesinnung und ihres Verhaltens im Nationalsozialismus ausfüllen. Bis zum Frühjahr 1946 hatte die Überprüfung von 1,4 Millionen Fragebögen zur Entlassung von über 300.000 Personen geführt. Da darunter viele Fachkräfte aus Wirtschaft und Verwaltung waren, kam das gerade erst wieder bedingt funktionsfähige öffentliche Leben erneut zum Erliegen. In den in den westlichen Besatzungszonen durchgeführten Prozessen – die bedeutendsten fanden in Nürnberg statt – wurden bis 1950 über 5.000 nationalsozialistische Staatsverbrecher verurteilt, davon 806 zum Tode. Zusätzlich dürften etwa 50.000 bis 60.000 für Verbrechen verantwortliche Nationalsozialisten im Ausland verurteilt worden sein. Die Verfahren wurden überwiegend nach rechtsstaatlichen Prinzipien durchgeführt. Die Bundesrepublik selbst durfte anfangs nur nationalsozialistische Verbrechen gegen Deutsche verfolgen und erhielt erst ab 1955 mit dem „Überleitungsvertrag“ die volle Gerichtshoheit (Henke/Wolle 1991). Bis zum Jahre 1990 leitete die westdeutsche Justiz 98.000 Ermittlungs- und Strafverfahren ein, die zur Verurteilung von knapp 6.500 Personen führten.

Mit dem Heraufziehen des Kalten Krieges liefen die alliierten Entnazifizierungsmaßnahmen recht bald aus. Außer im politischen Bereich gelangten ehemalige Gefolgsleute des NS-Regimes in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik sehr schnell wieder in führende Positionen. Als besonders flexibel erwiesen sich dabei führende Wirtschaftsleute, die sich ungeachtet der gegen sie erhobenen Vorwürfe rasch mit den neuen Verhältnissen arrangierten und zur Zufriedenheit der Amerikaner wirtschafteten. Die erste Bundesregierung unter Konrad Adenauer förderte durch verschiedene Gesetze nachhaltig die schnelle Integration ehemaliger Nationalsozialisten. Dieses Vorgehen traf auf breite Zustimmung in der Bevölkerung, die zwar mit der Bestrafung hoher NS-Funktionsträger einverstanden war, aber keine flächendeckende personelle Ächtung akzeptierte. Anfang der fünfziger Jahre äußerten sich nur noch etwa 10% der Deutschen positiv zu den Nürnberger Prozessen. Eine sich verschärfende Kritik an der Entnazifizierung wurde von einem weitreichenden gesellschaftlichen Konsens quer durch alle Parteien und gesellschaftlichen Institutionen bis hin zur evangelischen Kirche getragen (Frei 1996).

Dem Ende der Entnazifizierung durch die Westalliierten folgte mit dem Straffreiheitsgesetz von 1949, dem Bundespersonalgesetz von 1950 sowie der Konkretisierung des Artikel 131 des Grundgesetzes im Jahre 1951 die Wiedereinstellung mehrerer Hunderttausend wegen ihrer Mitgliedschaft in der NSDAP entlassener Be-

amter und Angestellter. Nur Angehörige der Gestapo und „Freiwillige“ der Waffen-SS blieben offiziell ausgeschlossen, wobei Mittel und Wege gefunden wurden, auch diesen Personenkreis z. T. wieder einzustellen. In den staatlichen Verwaltungen, der Justiz, den Schulen, der Wissenschaft etc. war Anfang der fünfziger Jahre eher personelle Kontinuität als ein Neuanfang zu verzeichnen. Parallel zur Wiedereinstellung belasteter Personen erging eine Amnestie für kleine und mittlere Straftäter. Die meisten einschlägigen Gesetze wurden fast einstimmig im Bundestag verabschiedet. Mitte der fünfziger Jahre waren inzwischen auch fast alle diejenigen wieder frei, die von den Alliierten im Rahmen der Nürnberger Prozesse verurteilt worden waren. Mit erheblicher Intensität betrieben Teile der politischen Klasse die Entlassung inhaftierter Kriegsverbrecher. Das von Eugen Kogon postulierte „Recht auf den politischen Irrtum“ entwickelte sich schnell zum Entschuldigungsmotto anpassungsbereiter NS-Verantwortlicher und Mitläufer. Adenauer, der gewiss kein Freund der Nationalsozialisten war, trug diese Politik nicht zuletzt mit Rücksicht auf seine rechtskonservativen Koalitionspartner aktiv mit bzw. setzte sie um.

Charakteristisch für die Westzonen und die frühe Bundesrepublik war zwar eine weitreichende personelle Kontinuität in Führungspositionen, die aber nicht zu einer Renaissance nationalsozialistischen Gedankengutes führte. Kurzfristig erwiesen sich die schnelle Integration der NS-Mitläufer und die Verdrängung der Verbrechen als Erfolg; langfristig jedoch erwuchs hier eine politisch-moralische Hypothek, die – wie die immer neuen Debatten um Schuld und Verdrängung belegen – bis heute nicht vollständig abgetragen werden konnte. Die Schatten der Vergangenheit liegen immer noch über der Bundesrepublik, obwohl es wohl kein Land der Welt gibt, das sich mit den diktatorischen und verbrecherischen Bestandteilen seiner Geschichte so umfassend und selbstquälerisch auseinandergesetzt hat.

Ausgewiesene Gegner des Nationalsozialismus wurden allerdings nicht selten als Außenseiter behandelt und von einigen sogar mit dem Stigma des Landesverrätters belegt. Selbst noch in der Bundestagswahl 1969 sah sich der sozialdemokratische Kanzlerkandidat Willy Brandt, der unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machtübernahme emigriert war und den Nationalsozialismus bekämpft hatte, mit diesem Vorwurf konfrontiert. Auch die – verglichen mit den großzügigen Versorgungsbezügen ehemaliger NS-Täter – geringen finanziellen Entschädigungen für die Opfer des Nationalsozialismus vermittel(te)n den Eindruck, dass die neue Demokratie Anpassung statt Widerstand in der Diktatur belohnte.

Die unmittelbar nach Kriegsende in der SBZ einsetzende Entnazifizierung und Umerziehung der ostdeutschen Bevölkerung unterschied zwischen „aktiven“ und „nominellen“ NSDAP-Mitgliedern. Bis zum August 1947 erfolgten knapp 400.000 Entlassungen bzw. Nichtwiedereinstellungen von belasteten Personen. Die über 250 Entnazifizierungskommissionen waren überwiegend mit SED-Mitgliedern besetzt. Schon zwei Jahre später sollte dieser Prozess mit dem SMAD-Befehl Nr. 201 vom August 1947 beschleunigt und zu Ende gebracht werden. Die Entnazifizierungen betrafen ca. 850.000 der rd. 1,5 Millionen ehemaligen NSDAP-Mitglieder